



Inhalt

dbb Chef Silberbach fordert mehr Initiative

[Fachkräftemangel: Mehr in Attraktivität, Aus- und Weiterbildung investieren](#)

Schuljahr 2022. Konsequenzen aus zwei Jahren Pandemie

[Silberbach: „In der Bildungspolitik brauchen wir ein grundsätzliches Umdenken“](#)

Bundesweite Aktionen

[Sozial- und Erziehungsdienst: Warnstreiks ausgeweitet – Demo in Fulda](#)

dbb senioren

[Energie-Entlastungspaket: Die ältere Generation fällt durch das Netz](#)

dbb jugend

[Bundesjugendtag: 145 Anträge für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

[Landtagsfraktionen diskutieren über den öffentlichen Dienst](#)

Schleswig-Holstein

[Gesetze zum Beamtenrecht: Verbesserung für Einige – Enttäuschung für Viele](#)

Saarland

[Neue Landesregierung: Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben große Erwartungen](#)

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

[Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine: Differenzierung ist gefragt](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[Postbank-Tarifrunde: Tarifabschluss erzielt](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef Silberbach fordert mehr Initiative Fachkräftemangel: Mehr in Attraktivität, Aus- und Weiterbildung investieren

Der öffentliche Dienst muss mehr tun, um Personal zu halten. Sonst droht nicht nur ein demografischer Personalrückgang, sondern auch ein Abwandern der jüngeren Beschäftigten.

80 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst können sich laut aktuellem „Bleibebarmeter“ von Next:Public und Hertie School vorstellen, den Arbeitgeber zu wechseln – eine Zahl, die dbb Chef Ulrich Silberbach Anlass zur Sorge gibt: „Dass die Unzufriedenheit groß ist, ist uns bewusst, aber dass es so enorm ist, wiederum nicht“, sagt er im Interview mit der Zeitung „Das Parlament“ (Ausgabe vom 28. März 2022). „Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes fehlen bereits jetzt 330.000 Menschen. Das bedeutet auch, dass die Arbeitsbelastung für alle absehbar immer weiter steigen wird. Die Menschen erkennen das, und gerade jene in der Altersgruppe der 35- bis 45-Jährigen ziehen dann eben in Erwägung, zu wechseln, bevor ein Wechsel aufgrund des höheren Alters eher schwieriger wird. Neben der demografischen Entwicklung kommt deshalb eine weitere Delle auf uns zu: Der vorhandene Mittelbau, auf den wir bislang zählen, denkt immer stärker darüber nach, den öffentlichen Dienst zu verlassen“, warnt der Bundesvorsitzende des gewerkschaftlichen Dachverbands. Insbesondere in den Bereichen Pflege, Sozial- und Erziehungsdienst sowie IT bestünden ganz erhebliche Personalbedarfe. „Was die Menschen in diesem Land nun spüren ist, dass der öffentliche Dienst auf Kante genäht wurde und auf

Krisensituationen wie eine Pandemie nicht vorbereitet ist. Wir fordern nicht, Personalüberhänge zu produzieren, man kann sich auch nicht auf alle Szenarien vorbereiten. Aber dass ein öffentlicher Dienst leistungsfähig und aufgabengerecht mit Personal ausgestattet sein muss, sollte mittlerweile dem letzten Hinterbänkler klar sein“, macht er deutlich.

Um Personal zu gewinnen und zu halten, müsse der Staat deutlich mehr tun, fordert Silberbach: Attraktivere Arbeitsbedingungen und konkrete Perspektiven inklusive verlässlicher und moderner Aus- und Weiterbildung. Als Beispiel führt Silberbach den IT-Bereich an: „Eigentlich ist das Interesse gerade bei Berufsanfängern groß, denn die Arbeit im öffentlichen Dienst ist sehr vielfältig. Aber ein großes Manko ist für viele dann einerseits die Bezahlung, ein anderer großer Punkt ist die Qualifizierung. Da hat der öffentliche Dienst einen großen Nachteil. Digitalisierung bedeutet permanenten Workflow. Wer sich nicht ständig aus- und weiterbildet, hat schnell den Anschluss verpasst. Da bieten wir Interessierten einfach nicht genügend Perspektive.“

Das vollständige Interview gibt es unter www.das-parlament.de.

Schuljahr 2022. Konsequenzen aus zwei Jahren Pandemie Silberbach: „In der Bildungspolitik brauchen wir ein grundsätzliches Umdenken“

Zwei Jahre nach Beginn der ersten pandemiebedingten Schulschließungen in der Fläche fordert der dbb strukturelle Reformen in der Bildung – nicht nur mit Blick auf Corona.

„Hinter unseren Kitas, Schulen und Universitäten liegt ein weiterer harter Winter. Alle Beteiligten sind nicht nur müde von der Pandemie, sondern auch von den kurzsichtigen Entscheidungen der Politik. Die aktuelle Diskussion um die Öffnungsschritte bei gleichzeitig schwindelerregender Inzidenzen zeugt davon, dass sich die Lehren aus zwei Jahren mit Corona stark in Grenzen halten“, so der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 25. März 2022.

„Die kurzsichtigen und uneinheitlichen Entscheidungen seitens der Politik haben ihren

Teil zu dieser Situation beigetragen. Die Ursachen dieser Probleme sind aber nicht nur in der Pandemie begründet. Sie liegen in einer jahrzehntelangen Unterfinanzierung des Bildungsbereichs, die sich in einem massiven Fachkräftemangel und einer mangelnden Attraktivität des Berufsbilds, maroden Räumlichkeiten sowie einer veralteten Infrastruktur und Ausstattung zeigt. Deswegen fordern wir mit dem Positionspapier „Schuljahr 2022. Konsequenzen aus zwei Jahren Pandemie“ zum einen ein nachhaltiges Pandemiemanagement

und zum anderen ein grundlegendes Umdenken in der Bildungspolitik“, erklärte der dbb-Chef.

„Unsere Bildungseinrichtungen sind grundsätzlich in der Lage, die künftigen Generationen bestens auf ihre weitere Zukunft vorzubereiten. Nicht zuletzt wegen des unermüdlichen Einsatzes der Kolleginnen und Kollegen, denen unser Dank gilt. Doch für die kommenden Aufgaben muss die Politik nun endlich die Weichen

richtig stellen: Bildung muss in Deutschland eine grundsätzliche Aufwertung erfahren und die Bildungseinrichtungen in jeder Hinsicht krisenfest aufgestellt werden“, forderte Silberbach.

Das vollständige Positionspapier gibt es als PDF auf www.dbb.de.

Bundesweite Aktionen

Sozial- und Erziehungsdienst: Warnstreiks ausgeweitet – Demo in Fulda

Beschäftigte des Sozial- und Erziehungsdienstes haben ihre Warnstreiks ausgeweitet. Im hessischen Fulda fand eine zentrale Kundgebung statt.

Im Tarifkonflikt über bessere Arbeitsbedingungen im Sozial- und Erziehungsdienst haben die Beschäftigten den Druck auf die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) erhöht. Während in den vergangenen Tagen bereits Warnstreiks und dezentrale Protestaktionen in Niedersachsen, Bayern, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz stattfanden, waren am 31. März 2022 insbesondere Hessen und Nordrhein-Westfalen von Arbeitskampfmaßnahmen betroffen.

„Die VKA hat offensichtlich das Ausmaß der Personalnot immer noch nicht verstanden“, sagte dbb Tarifchef Volker Geyer bei der Kundgebung auf dem Universitätsplatz in Fulda vor hunderten Beschäftigten. „Sie blockiert nicht nur die Aufwertung des Berufsfeldes und verhindert damit die Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung. Mehr noch: Durch die Verweigerung konkreter Entlastung sorgt sie auch noch dafür, dass immer mehr Kolleginnen und Kollegen sich andere Jobs suchen – unter anderem, weil sie sonst schlicht nicht bis zur Rente durchhalten. Das ist fatal.“

Der Landeschef der komba gewerkschaft hessen, Richard Thonius, unterstrich bei der Demonstration die gesellschaftliche Bedeutung des Sozial- und Erziehungsdienstes: „Gerade die Verwerfungen durch die Corona-Pandemie

und jetzt ganz aktuell die herausfordernde Betreuung der geflüchteten Familien aus der Ukraine haben gezeigt, dass unser Land mehr in Zusammenhalt investieren muss – das gilt für die frühkindliche Bildung und die Soziale Arbeit gleichermaßen. Dass die VKA vor diesem Hintergrund an ihrer eiskalten Sparpolitik festhält, ist erschütternd.“

Bereits am Morgen hatte der komba Bundesvorsitzende und stellvertretende Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission Andreas Hemming klargestellt: „In Richtung Arbeitgeber sagen wir lautstark und bestimmt: Wir halten fest an den berechtigten Forderungen nach Aufwertung, Attraktivität und der ganz konkreten Entlastung im Arbeitsalltag für die Kolleginnen und Kollegen der sozialen Berufe. Die Arbeitgeberseite muss endlich aufwachen und handeln, bevor es zu spät ist.“

Der dbb fordert unter anderem eine bessere Bezahlung durch höhere Eingruppierungen in den entsprechenden Entgelttabellen. Außerdem soll inhaltlich bessere Arbeit ermöglicht werden, beispielsweise durch die Ausdehnung von Vor- und Nachbereitungszeiten.

Alle Informationen zum Tarifkonflikt gibt es unter www.dbb.de/sue.

dbb senioren

Energie-Entlastungspaket: Die ältere Generation fällt durch das Netz

Als kurzsichtig hat der Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung Horst Günther Klitzing das am 24. Februar 2022 beschlossene Energie-Entlastungspaket der Bundesregierung kritisiert: Rentnerinnen und Rentner blieben außen vor.

„Dass Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip ausgeschüttet werden, ist aus ökonomischer Sicht bereits fragwürdig, denn es profitieren auch viele Haushalte davon, die die Entlastungen aufgrund hoher Einkommen und Vermögen gar nicht brauchen. Dass aber Ruheständlerinnen und Ruheständler gar nicht entlastet werden sollen, ist schlicht ein Skandal“, sagte Klitzing am 24. Februar 2022 in Berlin. Gerade für Bezieherinnen und Bezieher kleiner Renten und Pensionen, deren Alterseinkünfte knapp über der Grundsicherung lägen, sei die Kombination aus Inflation und steigenden Energie- und Lebensmittelkosten Existenz bedrohend.

Zwar falle die Rentenerhöhung im Juli 2022 erfreulich hoch aus. Sie kompensiere aber gerade einmal die bis dahin zu erwartende Inflationsrate. „Eine Entlastung bei den Energiekosten muss es auch für Rentenempfänger geben, denn auch sie müssen heizen und einkaufen. Gerade eine SPD-geführte Regierungskoalition steht hier in besonderer Verantwortung für soziale Gerechtigkeit. Sie darf nicht zulassen, dass vulnerable gesellschaftliche Gruppen durch das Netz der sozialen Sicherung zu fallen drohen.“ Klitzing forderte die Bundesregierung auf, das Entlastungspaket entsprechend nachzubessern und auch eine befristete Verschiebung von Bemessungsgrenzen für Sozialleistungen in Betracht zu ziehen.

dbb jugend

Bundesjugendtag: 145 Anträge für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst

Knapp sechs Wochen vor dem dbb Bundesjugendtag 2022 hat die Jugendpolitische Kommission über die eingereichten Anträge beraten. Nie war die Beteiligung so groß wie in diesem Jahr.

„Uns haben 145 Anträge aus allen dbb Mitgliedsgewerkschaften erreicht. Das sind fast doppelt so viele, wie zum letzten dbb Bundesjugendtag 2017 eingebracht wurden. Die Vielzahl der Anträge ist ein wichtiger Indikator für den Zustand des öffentlichen Dienstes und gibt viele wichtige Anhaltspunkte, wo nachgebessert werden muss. Die dbb jugend macht damit aber auch klar: Wir sind gut vorbereitet für ein Verwaltungs-Update – und wir lassen nicht locker“, zog dbb jugend Chefin Karoline Herrmann am 26. März 2022 auf der letzten regulären Sitzung der Jugendpolitischen Kommission dieser Legislatur Bilanz.

Als offizielle Antragskommission beriet die Jugendpolitische Kommission über die eingereichten Anträge an den Bundesjugendtag und formulierte Entscheidungsempfehlungen für die Delegierten. Alle Anträge, die am 6. Mai 2022 vom Bundesjugendtag beschlossen wer-

den, bilden den gewerkschaftspolitischen Leitfaden für die künftige dbb Bundesjugendleitung. Insbesondere im Bereich der Digitalisierung, der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Verbesserung der Arbeitsbedingungen von jungen Beschäftigten setzen die Forderungen der dbb jugend an.

Herrmann nutzte die Gelegenheit, um sich bei ihren Mitstreiterinnen und Mitstreitern für die Zusammenarbeit der letzten fünf Jahre zu bedanken. „Die Jugendpolitische Kommission ist das Kraftwerk unserer inhaltlichen Arbeit. Alle, die sich hier engagiert haben, haben einen großen Beitrag zur Schlagkraft der dbb jugend geleistet“, so Herrmann. Einen besonderen Dank richtete die dbb jugend Chefin an Marco Karbach, der die Kommission in den letzten fünf Jahren führte und die Arbeit der dbb jugend mehr als zehn Jahre mitprägte.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Nordrhein-Westfalen

Landtagsfraktionen diskutieren über den öffentlichen Dienst

Am 28. März 2022 tagte der Hauptvorstand des DBB NRW. Höhepunkt war eine Podiumsdiskussion mit den Spitzenpolitikern der NRW-Landtagsfraktionen. Roland Staude, Vorsitzender des DBB NRW, diskutierte mit Bodo Löttgen (CDU), Ralf Witzel (FDP), Sven Wolf (SPD) und Verena Schäffer (Bündnis90/Die Grünen) über die Situation des öffentlichen Dienstes in NRW.

Staude übte dabei erneut Kritik am jüngst vom Landtag beschlossenen Besoldungsgesetz und der damit verbundenen Benachteiligung der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger (die keine Corona-Sonderzahlung erhalten).

Gefragt nach der Attraktivitätsoffensive der NRW-Landesregierung, wies der dbb Landeschef abermals auf die immer noch unbesetzten 17.000 Stellen hin. Bei der Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber

ginge es allerdings nicht nur um monetäre Aspekte. Auch die Wochenarbeitszeit von derzeit 41 Stunden müsse auf den Prüfstand. Hier warb er für das „Hessische Modell“ in Kombination mit Langzeitarbeitskonten. Demgegenüber sei der Ansatz der Landesregierung, die Konten durch eine freiwillige Erhöhung der Wochenarbeitszeit und durch Urlaubsverzicht zu besparen, keinesfalls attraktiv, um neue Mitarbeiter zu gewinnen.

Einen ausführlichen Bericht über die Diskussion gibt es auf [dbb-nrw](https://www.dbb-nrw.de).

Schleswig-Holstein

Gesetze zum Beamtenrecht: Verbesserung für Einige – Enttäuschung für Viele

„Wir haben kein Interesse daran, dass die verfassungswidrige Besoldungssituation in Schleswig-Holstein durch Privilegien für Beamtinnen und Beamte beseitigt wird. Benötigt wird ganz einfach eine auskömmliche, leistungsgerechte und wettbewerbsfähige Besoldung“, sagte der dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp zu den Beschlüssen des Landtages vom 24. März 2022.

Der Hintergrund: Das Bundesverfassungsgericht hatte vor zwei Jahren in einer Grundsatzentscheidung unter anderem klargestellt, dass es mit der Beamtenbesoldung möglich sein muss, eine vierköpfige Familie zu versorgen. Dabei müssen die Bezüge 15 Prozent oberhalb der sozialen Grundsicherung liegen. Doch diese Messlatte wird in den unteren Besoldungsgruppen klar gerissen.

Aber anstatt die Grundbesoldung oder die Einschnitte in das Weihnachtsgeld zu korrigieren, werde aktuell ein Ausweichmanöver vorgenommen, so Tellkamp: Familienbezogene Leistungen würden – teils auf Antrag – deutlich ausgeweitet. Der Grund sei für den dbb klar: Dies sei die wesentlich günstigere Option, denn es müsse nur gezahlt werden, wenn und solange Kinder zu versorgen sind. Außerdem werde die Anpassung auch der mittleren und höheren Besoldungsgruppen vermieden – dies

wäre nämlich eine zwingende Folge der Erhöhung unterer Gruppen, um die Abstände nicht einzuebnen.

Der gewählte Weg stelle nicht nur das Leistungsprinzip auf den Kopf – die Besoldung ist stärker als bisher von der Familiensituation statt von der Funktion abhängig –, sondern dürfe aufgrund der problematischen Besserstellung von Beamtenkindern auch für neue gesellschaftspolitische Diskussionen sorgen, vermutet der dbb sh.

Schwer nachvollziehbar sei auch, dass eine Rechtslage verschärft werde, die wichtige Beförderungen geradezu mit Bestrafungen verbindet: wer nach A 10 befördert wird, muss einen Teil der Beihilfekosten übernehmen und wer nach A 11 befördert wird, verliert den ohnehin zu geringen Anspruch auf den Weihnachtsgeld-Grundbetrag.

Saarland

Neue Landesregierung: Beschäftigten des öffentlichen Dienstes haben große Erwartungen

Nach dem klaren Wahlsieg der SPD bei der Landtagswahl am 27. März 2022 hat der dbb saar seine Leitlinien und Forderungen in einem Schreiben an die SPD-Landesvorsitzende und designierte Ministerpräsidentin Anke Rehlinger formuliert.

Der dbb saar stellt dabei klar, dass die weiteren Herausforderungen für das Bundesland nur mit einem starken und modernen öffentlichen Dienst erfolgreich umgesetzt werden können. Insbesondere während der Corona-Pandemie seit März 2020 hätten sich die Bediensteten des öffentlichen Dienstes als verlässliche Stütze der Gesellschaft erwiesen und dafür gesorgt, dass der Staat weiter funktioniere.

Die Krise habe aber auch schonungslos vor Augen geführt, wo Defizite in vielen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge liegen. Der

dbb saar und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarteten nun von der neuen Landesregierung, dass sie im Rahmen der Haushaltsmöglichkeiten für die kommenden Jahre die Voraussetzungen schafft, um die tatsächlichen Aufgaben in den Landesverwaltungen und im Schulbereich zu bewältigen, und um die dringend notwendigen Qualitätsverbesserungen zu erreichen. Bei diesem Gestaltungsprozess werde der dbb saar weiterhin offen und konstruktiv ein verlässlicher Partner der Landesregierung sein.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)

Aufnahme geflüchteter Kinder und Jugendlicher aus der Ukraine: Differenzierung ist gefragt

Angesichts der Herausforderungen, die mit der Aufnahme geflüchteter ukrainischer Kinder und Jugendlicher auf Schulen und Kitas zukommen werden, entwickelten der VBE Bundesverband mit seinen 16 Landesverbänden eine gemeinsame Position. Auf deren Grundlage fordert der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann von Politik und Gesellschaft einen differenzierten Blick auf die Situation.

„Wir müssen Integration neu denken und dürfen nicht glauben, dass die in der Flüchtlingswelle 2015 entwickelten Verfahren und Strukturen ohne Weiteres für die jetzige Situation passen. An erster Stelle müssen die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen stehen, die zu uns kommen. Dabei geht es zuallererst um Schutz, Frieden und Aufarbeitung der Schrecken, die ihnen zuteilwurden. Viele von ihnen sehnen sich nach einer baldigen Rückkehr in ihre Heimat und damit nach einem Anknüpfen des hiesigen Bildungsangebots an das in der Ukraine. Andere, die bisher kleinere Gruppe der Geflüchteten, erklären, dass sie hierbleiben wollen und deshalb ihre Kinder schnellstmöglich in das deutsche Schulsystem integrieren wollen. Wir vom VBE wünschen uns, dass diese Wünsche respektiert werden und dass die Politik diesen Menschen ein für ihre jeweiligen Bedürfnisse passendes Angebot unterbreitet.“

Mit Blick auf mögliche mittel- und langfristigen Zusatzbelastungen für das Bildungssystem,

wie vergrößerte Lerngruppen oder räumliche Engpässe, ergänzt Beckmann: „Es sind große gesamtgesellschaftliche Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wir freuen uns über die riesige Solidarität und Offenheit, die den geflüchteten Menschen derzeit entgegengebracht wird. Damit diese Solidarität hält, wenn es zu Einschränkungen an Schulen und Kitas kommt, muss die Politik die Gesellschaft ehrlich darüber aufklären, welche Konsequenzen die große Zahl von Kindern und Jugendlichen, die wir selbstverständlich aufnehmen und denen wir ebenso selbstverständlich ein angemessenes Bildungsangebot machen wollen, für Schulen und Kitas haben kann. Fakt ist: Die zusätzlich zu betreuenden und zu beschulenden Kinder und Jugendlichen stoßen auf ein seit Jahren unterfinanziertes Bildungssystem, mit einer gleichfalls seit Jahren zu dünnen Personaldecke. Sie finden Schulgebäude vor, die an vielen Standorten sanierungsbedürftig sind und fehlende Raumkapazitäten haben. Wir werden in Schulen und Kitas enger zusam-

menrücken müssen. Dafür die gesellschaftliche Akzeptanz zu schaffen, ist Aufgabe der Politik. Es darf nicht Schulleitungen und Lehrkräften überlassen werden, zu rechtfertigen, warum das bisherige Raumangebot weiter eingeschränkt werden muss, um Platz für Willkommenskassen zu schaffen oder warum Lerngruppen noch größer werden. Die Politik kennt die Unzulänglichkeiten, unter denen die

Schulen schon vor Corona und durch Corona verschärft arbeiten mussten und müssen. Es darf nicht noch einmal dazu kommen, dass politische Verantwortung auf Schul- und Kitaleitungen abgewälzt wird, und es dem dortigen Personal überlassen bleibt, politische Entscheidungen vermitteln zu müssen, wie dies in den letzten zwei Jahren mit den pandemiebedingten Hygienemaßnahmen oft der Fall war.“

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM) **Postbank-Tarifrunde: Tarifabschluss erzielt**

In der dritten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der ehemaligen Postbank-Einheiten am 23. März 2022 konnte die aus den Gewerkschaften DBV, komba und DPVKOM bestehende Tarifgemeinschaft ein akzeptables Tarifergebnis erzielen.

So steigen die Entgelte der Beschäftigten in den ehemaligen Einheiten von Postbank und PB Services sowie der PB Factoring GmbH und BCB AG zum 1. Juni dieses Jahres um 3,1 Prozent. Eine zweite Tarifierhöhung von 2,1 Prozent, mindestens aber 100 Euro, tritt dann zum 1. Februar 2023 in Kraft. Außerdem wurden Einmalzahlungen von 750 Euro für alle Vollzeitkräfte (Teilzeitkräfte anteilig) im Mai 2022 sowie im Januar 2023 vereinbart.

Der Tarifkompromiss beinhaltet außerdem die Verlängerung des Kündigungsschutzes bis 31. Januar 2024, verbesserte Altersteilzeitregelungen ab dem 56. Lebensjahr für die PB Filialvertrieb AG, eine deutliche Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um insgesamt 100 Euro sowie Einmalzahlungen von je 200 Euro im Mai 2022 und Januar 2023 und nicht zuletzt eine Übernahmegarantie für Azubis bei einem Notendurchschnitt von mindestens 2,6.

Darüber hinaus hat sich die DPVKOM mit ihrem Verhandlungsführer Andreas Kögler in der Tarifrunde erfolgreich dafür eingesetzt, dass die der Postbank Filialvertrieb zugewiesenen

Beamten für die Zeit von 1. Februar 2022 bis einschließlich 29. Februar 2024 eine monatliche Leistungszulage (Filialzulage) in Höhe der im Dezember 2007 gewährten Sonderzahlung erhalten. Das jährliche Budget des Filialvertriebs für das variable Leistungsentgelt nach Postbank-Leistungsentgeltverordnung wird um die Summe aller monatlichen Filialzulagen des jeweiligen Jahres gekürzt.

Die Deutsche Bank AG wird dem Bundesministerium der Finanzen eine entsprechende Änderung der Postbank-Leistungsentgeltverordnung ab dem 1. Februar 2022 bis einschließlich 29. Februar 2024 vorschlagen. Die Auszahlung erfolgt ab der nächstmöglichen Bezügezahlung.

Damit konnte die DPVKOM zusammen mit ihren Partnern in der Tarifgemeinschaft eine wichtige Forderung durchsetzen und einen insgesamt akzeptablen Tarifabschluss unter schwierigen Rahmenbedingungen erzielen. Die Einigung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung des DPVKOM-Bundesvorstands. Diese soll in Kürze erfolgen.

Namen und Nachrichten

Nach schwierigen Verhandlungen für die Beschäftigten der Sicherheitskräfte an Verkehrsflughäfen hat der **dbb** ein Ergebnis erreicht, das sich sehen lassen kann. Am Ende der sechsten Verhandlungsrunde am 28. März 2022 stand ein Kompromiss, der für alle deutliche Verbesserungen beim Entgelt bringt. Der dbb Verhandlungsführer Volker Geyer erklärte: „Wir haben ein gutes Ergebnis erzielt, das den Beschäftigten die in Zeiten hoher Inflation dringend notwendigen Entgeltsteigerungen sichert und ihre hohe Leistungsbereitschaft honoriert. Und dass trotz der schwierigen Bedingungen in der Pandemie, die die Luftverkehrsbranche in eine nie dagewesene Krise gestürzt hat. Außerdem haben wir feste Schritte zur bundesweiten Angleichung der Entgelte und zur Abschaffung der niedrigeren Einstiegs- und Probezeitentgelte vereinbart. Beides war überfällig, um das Bezahlungssystem gerechter zu machen.“ Ein zentrales Element des Ergebnisses ist die Erhöhung der Stundenentgelte. Die Entgelte werden je nach Entgeltgruppe in zwei bis drei Schritten erhöht. Gleichzeitig erfolgt in den Entgeltgruppen II und III eine Angleichung der Entgelte in den verschiedenen Bundesländern in bis zu 3 Schritten. Die neuen Regelungen haben eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2023. Alle Details zur Einigung gibt es auf [dbb.de](https://www.dbb.de).

Die aktuellen Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der ServiceDO gGmbH wurden wie vereinbart am 16. und 29. März 2022 fortgesetzt. Der **dbb** und seine Fachgewerkschaft komba führen mit der Geschäftsführung der ServiceDO gGmbH Tarifverhandlungen für eine höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen in der ServiceDO gGmbH. Die Arbeitgeberseite hat erneut geäußert, an einer Tarifeinigung interessiert zu sein. Sie hat bisher aber noch kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt, sodass die Verhandlungen vertagt worden sind. Jedoch hat die Arbeitgeberseite zugestimmt, die Finanzierung eines Tarifabschlusses durch einen von den Gewerkschaften benannten Wirtschaftsprüfer prüfen zu lassen. Der dbb bleibt weiterhin bei seiner Kernforderung, das Gehaltsniveau der Beschäftigten der ServiceDO gGmbH zumindest mittelfristig an den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) anzupassen und erwarten von der Arbeitgeberseite hier eine deutliche Bewegung. Denn die Beschäftigten haben mehr verdient! Der dbb hat sich mit der Geschäftsführung der ServiceDO gGmbH darauf verständigt die Tarifverhandlungen am 11. Mai 2022 fortzusetzen. Bis dahin wird mit den Mitgliedern diskutiert werden, mit welchen Aktionen weiterer Druck erzeugt werden kann.

Termine:

6./7. Mai 2022, Berlin

Bundesjugendtag 2022 der dbb jugend (Bund)

Mehr Informationen unter <https://www.dbb-jugend.de/events/bundesjugendtag.html>

16./17. Mai 2022, Potsdam

Tarifverhandlungen im Sozial- und Erziehungsdienst: 3. Runde

Mehr Informationen unter www.dbb.de/sue
